

Geno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Bocholt-Verlag: Bocholt.
Bocholt-Land: Dortmund.

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 107

Donnerstag, den 18. April 1935

Jahrgang 1935

Genf im Dienst von Versailles!

Die Entschliessung gegen Deutschland angenommen. — Nur der dänische Außenminister enthielt sich der Stimme.

Scharfmacherrede Litwinows.

DNB Genf, 17. April.

Nach einer kurzen geheimen Sitzung des Völkerbundsrates, die lediglich der Behandlung der abessinischen Frage gewidmet war, wurde in öffentlicher Ratssitzung die Entschliessung der französisch-englisch-italienischen Entschliessung zum deutschen Schritt vom 16. März fortgesetzt.

Als erster Redner ergriiff, wie erwartet,

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow

das Wort.

Er begann mit der Feststellung, daß gestern die Unterzeichner des Versailler Vertrages, die durch den deutschen Schritt unmittelbar berührt seien, gesprochen hätten. Sowjetrussland sei für Versailles nicht verantwortlich, aber als Mitglied des Völkerbunds und des Völkerbundsrates sei es durch eine Verletzung des Völkerbundsvertrages, die ebenfalls berührt. Gewiss müßten alle Staaten für ihre Sicherheit sorgen. Man werde, wenn ein Staat sich Waffen anschaffe, zunächst annehmen, daß es zu defensiven Zwecken gelte. Diese Annahme werde aber zweifelhaft, wenn diese Waffen nicht zu Verteidigungszwecken, sondern offensichtlich zur Revanche und zu einer Gewaltpolitik bestimmt seien. Wenn ein Staat, der durch ein Staatsverbrechen begangen wurde, das unbegrenzte Eroberungsziele als sein Programm bezeichnet habe, und das später von dieser Politik nicht abgerückt sei, dann sei eine andere Lage geschaffen. Deutschland habe keinerlei Garantien dafür gegeben, daß es an diesen Zielen nicht mehr festhalte.

Der sowjetrussische Außenkommissar stellte sodann die Frage auf, ob man vor derartigen Tatsachen die Augen schließen könne. Litwinow suchte sodann die „Gefährlichkeit Deutschlands“ durch einen Vergleich zu demonstrieren. Er behauptete, daß, wenn in einer Stadt ein Individuum, das die Abtötung und das Verbrechen der Bürger zu verüben, illegal Waffen besitze, habe und dann beruhigende Zusicherungen gebe, zweifellos keine Sympathien erzeugt würden. Litwinow stellte in Zweifel, ob man die Versicherungen eines derartigen gefährlichen Individuums ernst nehmen könne, das sich selbst, sich über alle Gesetze hinwegzusetzen. (Hierbei zeichnete Litwinow, ohne es selbst zu wollen, in hervorragender Weise den Durchschnitte des kommunistischen Revolutionärs.) Litwinow erklärte sodann abschließend, er wäre froh, wenn Deutschland hier anwesend wäre und die Gelegenheit ergreife, um von seinem Programm der Revanche und der Eroberungsziele abzurufen. Leider sei hierzu keinerlei Aussicht vorhanden.

Nach Litwinow sprachen nacheinander die Vertreter Portugals, Australiens und Spaniens. Alle drei erklärten, sie würden der Entschliessung zustimmen. Der Vertreter Spaniens knüpfte an seine Zusage allerdings eine ziemlich starke Kritik. Er habe der unterbreiteten Entschliessung vorzuziehen, daß sie nicht genügend die politische Gesamtlage berücksichtige und der geistlichen Entwicklung Rechnung trage, die das Vorgehen der deutschen Regierung zur Folge hätte. Wenn gewisse Artikel nicht mit der nötigen Ehrlichkeit angewendet würden, dann brauche man sich auch nicht zu wundern, daß auch andere Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

Die Vertreter Mexikos, Argentiniens und Chiles drückten übereinstimmend ihre Lokalfürsorge gegenüber dem Völkerbund zum Ausdruck und betonten, daß sie sich stets für genaue Innehaltung der gegenseitig eingegangenen Verpflichtungen eingesetzt hätten. Sie hoben jedoch besonders hervor, daß durch die vorliegende Erklärung, die auf Europa abgestellt sei, der weltumfassende Charakter des Völkerbunds nicht infrage gestellt werde. Von allen drei Staaten werde der Entschliessung zugestimmt werden.

Der dänische Außenminister Munch

erklärte, daß er die letzten drei Paragraphen der Entschliessung gern annehmen würde. Es gebe aber einen anderen Abschnitt, nämlich die Einleitung der Entschliessung, der auf die historische Entwicklung Bezug nehme und der über das deutsche Vorgehen vom 16. März ein Urteil fälle. Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Teiles habe er starke Zweifel.

Er befürchte, daß sein Inhalt auf die in Gang befindlichen internationalen Verhandlungen eine schlechte Entwicklung haben werde, und daß die Schwierigkeit, aus dem Engpaß herauszukommen, in dem sich die internationale Politik augenblicklich befinde, dadurch noch erhöht werde. Er bedauere sehr, daß die Entschliessung diesen Teil enthalte, da man dadurch aus den allgemeinen Rahmen herausgetreten sei, Deutschland namentlich genannt und dem Rat somit die Rolle eines Gerichtshofes zuerkannt habe. Die Annahme dieses Teiles würde die Verhandlungsaufgabe des Völkerbundsrates beeinträchtigen.

Er könne daher seine Zustimmung zu der Entschliessung nur dann geben, wenn dieser Teil eine entsprechende Änderung erfahre. So aber sei ihm das nicht möglich. Was die Frage der Sanktionen für zukünftige Vertragsbrüche anlangt, so sei sein Land angehts der

gegenwärtigen internationalen Lage damit einverstanden, daß die Ausdehnung des Artikels 16 zugestimmt, da die um sich greifende Nichtanerkennung internationaler Verpflichtungen somit zur internationalen Anarchie zu führen drohe. Seine Regierung lege jedoch großen Wert darauf, daß gleichzeitig mit der Vorbereitung solcher Maßnahmen neue Anstrengungen gemacht werden, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten, der immer bedrückendere Formen annehme.

Der türkische Außenminister.

der gleichzeitig Präsident des Völkerbundsrates ist, erklärte, daß internationale Verpflichtungen eingehalten werden müßten und daß er der Ratifizierung zustimmen werde. In seiner Eigenschaft als Vertreter der Türkei hob der Staatspräsident jedoch die Notwendig-

keit hervor, das vorliegende Memorandum im Lichte der Verhandlungen von Stresa zu betrachten. Die kleine Entente und der Balkanbund hätten bezüglich der Verhandlungen von Stresa bereits ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht. Es liege ihm jedoch als Vertreter der Türkei daran, in diesem Zusammenhang gewisse Wünsche der Türkei bezüglich der Türkei betreffend militärischen Kaufeins des Abkommens von Lausanne zum Ausdruck zu bringen, falls die kommenden Verhandlungen zur Aufhebung der militärischen Bestimmungen der Verträge von Neuilly und Trianon führen würden.

Diese Anspielungen des türkischen Außenministers wurden jedoch sofort von den Vertretern der drei Großmächte Italien, England und Frankreich in aller Mächtigkeit (Fortsetzung auf der 2. Seite)

Kassationsklage sämtlicher im Memelländer-Prozeß Verurteilten.

Die Beanstandungen des Urteils.

DNB Romno, 17. April.

Die Verteidiger sämtlicher Verurteilten im Memelländer-Prozeß haben am 17. April gegen das Urteil des Kassationsgerichts Kassationsklage beim Obersten Tribunal eingereicht.

Nach der Auffassung des litauischen Kreises sind Kassationsgründe nur Verletzungen der Gesetze, ungenügende Auslegungen der Gesetze, deren Verletzung bei der Urteilsfindung ein anderes Urteil herbeiführen könnten. Eine Aufhebung des Prozesses mit der Beweisaufnahme, wie Verhör von Zeugen und Sachverständigen kommt in der Kassationsinstanz nicht in Frage. Falls aber die Kassationsgründe als stichhaltig befunden werden, so wird der Prozeß entweder demselben Gericht in anderer Zusammensetzung zur nochmaligen Urteilsfindung überwiesen, oder, falls der Kassationsgerichtshof die Anwendung irgend eines Paragraphen als ungenügend empfindet, der betreffende Paragraph mit seinen Folgen aus dem Urteil gestrichen, so daß automatisch die mit diesem Paragraphen zusammenhängenden Strafen fortfallen.

Die Kassationsklagen enthalten, abgesehen von Einzelheiten, die sich auf individuelle Vorgänge der einzelnen Verurteilten beziehen, im wesentlichen folgende Beanstandungen des Urteils:

Zunächst beanstandet die Kassationsklage die Anwendung des § 3, der die Vorbereitung zu einem bewaffneten Aufstand vorsieht; weder die der Nachweis erbracht für eine Beteiligung von militärischem Material für den Aufstand, noch seien die in diesem Paragraphen vorgezeichneten vorbereitenden Handlungen zur Beschaffung dieses Materials erfolgt.

Dann wird die Heranziehung des § 6, der sich auf das Bestehen geheimer Verschwörerorganisationen bezieht, als unzulässig bezeichnet, da die Verurteilten Mitglieder der beiden memelländischen Parteien waren, also vom Kommandanten genehmigten und geleglich registrierten Organisationen angehörten. Falls innerhalb der Neumann- und Sak-Partei eine geheime Organisation bestanden hätte, so hätte den einzelnen Angeklagten die Zugehörigkeit zu einer solchen Geheimorganisation jeweils nachgewiesen werden müssen. Darüber ist aber im Urteil kein Hinweis vorhanden; im Gegenteil, im Urteil bezieht sich das Gericht bei der Behauptung der Zugehörigkeit zu geheimen Organisationen auf die nackte Tatsache der Zugehörigkeit zu den legal erlaubten Parteien, nämlich der Sozialisti-

schen Volksgemeinschaft und der Christlich-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.

Ferner wird in der Kassationsklage auf den Mangel einer individuellen Beurteilung der Straftaten der einzelnen Angeklagten hingewiesen. In dem Urteil heißt es schematisch, daß die meisten Angeklagten Terrorakte verübt, lokale Bürger in Furcht versetzt sowie erlaubte litauische Versammlungen gestört hätten u. dergl., ohne im einzelnen anzugeben, wann, wo, bei welcher Gelegenheit und in welcher Art diese Verbrechen begangen wurden.

Endlich wird als Kassationsgrund die Ablehnung einer Reihe von Zeugen angeführt. Das Urteil wird auch deswegen angegriffen, weil es von der Voraussetzung ausgeht, daß Beziehungen einzelner Verurteilter zu den Gliederungen der NSDAP in Deutschland als ipso facto Beweis darstellten, daß diese Verurteilten auf eine gewalttätige Losreißung des Memelgebietes von Litauen und Angliederung an Deutschland hingearbeitet hätten, während das Gericht eine Klarstellung der Aufgaben und Ziele der SA und SS, um die es im wesentlichen geht, im Verlaufe des Prozesses nicht zuließ.

Das Verfahren vor dem Kassationsgerichtshof ist in diesem Falle ein außerordentlich schwieriges, weil die Zeugenvernehmungen und die sonstigen Tatsachen vom Kassationsgericht nicht protokolliert worden, so daß der Kassationsgerichtshof sich nur auf die Urteilschrift, das Urteil, die schriftlichen Gutachten und die ganz wenigen, auf besonderen Antrag protokollierten Sätze aus dem Zeugenverhör stützen kann.

Beschwerde bei den Signatarmächten.

DNB Genf, 17. April.

Der zur Zeit in Genf anwesende Vertreter der Memelländischen Schulrat Meyer hat heute den Signatarmächten des Memellandes eine schriftliche Beschwerde überreicht. Darin wird auf die zahlreichen Rechtsverletzungen der litauischen Regierung nachdrücklich hingewiesen. Insbesondere wird betont, daß der Memelländische Landtag nun über ein Jahr lang im Zusammenbruch verharret liege. Verschärfend wird zum Ausdruck gebracht, daß der Vertreter der Memelländischen Signatarmächte des Memellandes die heute als Ankläger gegen Deutschland wegen angeblicher Vertragsverletzungen im Völkerbundsrat aufgetreten sind, darauf hinweisen mußte, daß sie den schweren Vertragsverletzungen der litauischen Regierung seit vielen Wochen fast untätig zusehen, ohne ihre selbstverständliche Pflicht und ihr eigene vertragliche Pflicht als Garantemächte tatsächlich zu erfüllen.

Das Organ der Versailler Mächte.



Scherl M.

Nach mehrstündigen Intrigen fand in Genf die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates statt, in der Frankreichs Außenminister Laval den Entschliessungsantrag einbrachte, durch den Deutschland erneut diskriminiert werden soll. Auf unserem Bild sieht man die erste Sitzung des Völkerbundsrates während der Anklagerede Lavals, der links neben dem Präsidenten der Ratssitzung, dem türkischen Außenminister Rüschdi Frass (in der Mitte des Bildes) zu sehen ist.

Tagesrundschaun.

Schuldige als Ankläger und Richter.

Frankreich hat in Genf unter stärkster Aufsicht von England und Italien seinen Willen durchgedrückt. Die drei Mächte, deren leitende Staatsmänner eben noch in Stresa zusammenkamen, um nach der Informationsreise der englischen Minister zu beraten, was nun weiter zur Stärkung der europäischen Sicherheit und zur gleichzeitigen Ergreifung des Wiederbeitritts Deutschlands in den Völkerbund geschehen könne, die dann erleichtert aufstapelten, als Deutschland sich auf Anfrage auch dann zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes bereit erklärte, wenn an ihm beteiligte Mächte daneben noch untereinander militärische Beistandsverträge abschließen, diese selben Mächte haben es für richtig gehalten, den Völkerbundsrat zur Annahme einer Entschliessung zu zwingen, die einen Rückfall in bester Art in die Methoden von Versailles darstellt. Und die Mitglieder des Völkerbundsrates, dem die Wahrung der Gesamtinteressen Europas und schließlich der Gemeinschaft der Nationen anvertraut ist, haben sich, obwohl einige Bedenken hatten und der polnische Außenminister sogar in sehr deutlicher Rede den von westlichen Teilen der Entschliessung abweichenden Standpunkt Polens präziserte, mit einziger Ausnahme des Vertreters Dänemarks der Forderung der drei Großmächte angeschlossen und für die Entschliessung gestimmt, durch die Deutschland aufs neue diskriminiert werden soll. Damit hat sich wieder einmal der Völkerbund als ein Organ der Versailler Diktatmächte erwiesen. Sonst sucht er sich regelmäßig an einer Entschliessung vorbeizubriden. Sein Wort des Protestes hat man aus Genf gehört, als die Franzosen den Kupferbrenner vornahmen, den das Gutachten der englischen Kronjuristen als rechtswidrig bezeichnete, als das Memelgebiet von den Litauern ohne jede Berechtigung dazu befehligt wurde, als die Italiener Horst Wessels, der verlagte, als die Japaner in Ostasien den Kriegspfad bestimmten, und es behauptet den abessinisch-italienischen Konflikt wie ein Prätorium der Rührmüchigkeit. Aber gegen Deutschland schwingt er sich auf Geheiß der Versailler Mächte zum Richter auf, ohne zu prüfen, ob nicht Deutschland doch berechtigt war, nach sechzehn Jahren des Abwartens auf die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtung der Siegermächte, die Frankreich noch im Vertrag von Locarno wiederholt hat, als letzter der Staaten, die das Versailler Diktat unterzeichnet haben, den Schritt zu tun, den alle anderen vorher getan haben. Und so hat der Völkerbundsrat einer neuen Geschichtszüge seine Sanktion gegeben. Keiner der Staatsmänner, die da im Rat versammelt waren, ist so ehrlich gewesen, auf Deutschlands jahrelange Bemühungen um die Abrüstung hinzuweisen. Diejenigen aber, an deren Verhalten die Abrüstungskonferenz geknüpft ist, die Vertreter der mit allen kriegstechnischen Raffinesse und ungeheuren Mitteln hochgerüsteten Staaten, die die Schuld am Rüstungsfieber der Gegenwart tragen, sie treten jetzt in Genf als Ankläger und Richter zugleich auf. Hängen sie dem ohnmächtigen, niedergeborenen, von revolutionären Wesen erschütterten Deutschland 1919 unter Androhung des Marfches auf Berlin den Kriegsschuldbartikel 231 an, so haben sie jetzt die kleinen Staaten im Völkerbundsrat zur Zustimmung zu einer neuen Schuldfrage gezwungen. Einmütig und leibenschaftlich wendet sich das deutsche Volk gegen die Entschliessung, in der sie enthalten ist. Die Resolution mag keine praktische Konsequenzen haben, das mögen die Staaten, deren Vertreter in Genf unter Druck gelehrt worden sind, zu ihrer Entschuldigungsverantwortung anführen; für uns besteht die Tatsache, daß diese Entschliessung gegen Deutschland im Völkerbundsrat zur Annahme gebracht worden ist, ausgerechnet zu einer Zeit, in der nach den eben gehörten englischen Regierungsaussagen neue Wladbildung in Europa verhindert werden und Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Sicherheit Europas seinen Beitrag leisten und in den Völkerbund zurückkehren soll! Was steht in Genf vor sich gegangen ist, das können wir Deutsche als nichts anderes ansehen denn als eine vorbedachte Handlung zur Unmöglichkeitmachung des Ausgleichs mit Deutschland, zu dessen Herbeiführung die Versailler Ankläger vor wenigen Tagen noch in Stresa beschloffen haben, die Reichsregierung zu einer Konferenz in Rom einzuladen. Glauben diese Herrschaften tatsächlich, daß ihr Treiben in Genf ohne politische Rückwirkungen bleiben werde? Es ist selbst-

Der Geburtstag des Führers wieder ein Festtag der deutschen Mutter.

DNB München, 17. April.

Der stellvertretende Gauleiter Kippold teilte am Dienstagabend mit, daß der Geburtstag des Führers im Traditionsbau München-Dorferbrunn wie im vorigen Jahr nicht mit großen Feiern und Paraden, sondern auf recht nationalsozialistische Weise als Festtag der deutschen Mutter begangen werden soll. Am Kreis München allein werden etwa 14 000 Mütter im Alter von über 60 Jahren gefeiert und bewirtet werden.

verständlich, daß die Reichsregierung auf die Senfer Herausforderung die gebotene Antwort folgen lassen wird, und zwar in vollster Uebereinstimmung mit dem gesamten deutschen Volke, das mit seiner Ehre kein Schindluder treiben lassen und in einem Völkerverbund, der nach Versailles alle Schuld bei Deutschland steht und die schmerzlichen Verluste der anderen Mächte gegen ihre eigenen Vertragspflichten ignoriert, nicht mitwirken will. Ein Pariser Blatt verglich dieser Tage Titulescu und andere Herren der Kleinen und der Balkan-Entente mit Elefanten im Porzellanladen. Und scheint, daß diesmal in Genf mit ganz wenigen Ausnahmen nur Elefanten bereit waren.

Litwinows Agitationsrede. Ein besonderes Wort erfordert die Rede, die der sowjetrussische Außenminister Litwinow gestern im Völkerbundsrat gehalten hat. Er hielt sich dazu berufen, die antideutsche Tendenz der dem Rat zur Annahme vorgelegten Entschließung noch zu verstärken, ausgerechnet er, dieser Vertreter einer politischen Anschauung, deren revolutionäre Tendenzen seit bald zwanzig Jahren die ganze Welt beunruhigen. Die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie zu dieser „Galtel-ben-Diehl“-Rede folgendes bemerkt:

Die Aufregunglichkeit des sowjetrussischen Auftretens in Genf hat mit der heutigen Erklärung Litwinows den Gipfel erreicht. Man hat fast den Eindruck, daß der Sowjetminister sein Publikum verwechselt und in Genf die Rede gehalten hat, die er für den russisch veranfaßten Sowjetkongreß wahrscheinlich vorbereitet hatte. Was allenfalls für die in der Sowjetunion vereinigten Völkergemeinschaften geeignet gewesen wäre, wurde von ihm einem Gremium von Nationen vorgelegt, das sich gern als die oberste Instanz der zivilisierten Welt betrachtet. Das ist charakteristisch für die Unangenehmheit mit der die Sowjetunion mit dieser Inkonsistenz der „kapitalistischen Welt“ umspringen zu können glaubt; es ist aber auch typisch für den Völkerverbund, daß dort eine solche Rede gehalten werden konnte. Litwinows kommunistische Agitationsrede gegen das nationalsozialistische Deutschland steht in einer Reihe mit den sonstigen von Moskau aus geforderten Unterreden in der Welt, die eine systematische Verhöhnung der anderen Staaten darstellen. In Spanien, Südamerika, Indien, China, Japan und vielen anderen Ländern berichten die Emisäre des sowjetischen Systems ihre unterirdische Arbeit, das sich neuerdings in der Rolle eines Friedensgaranten für die Welt. In der ganzen Welt muß ein Heer von Geheimpolitikern unterhalten werden, um die Moskauer Friedensstörer zu bekämpfen; selbst in Ländern wie der mit Rußland engverbundenen Türkei hält man es für notwendig, jeden Moskauer Agenten unschädlich zu machen. Unter diesen Umständen, die Litwinow wohl selbst am besten kennt, gehört eine erstaunliche Kühnheit dazu, die Politik anderer Länder kritisieren zu wollen. Litwinow ironisiert ungewollt sich und seine Genossenschaftsgenossen, wenn er den Vergleich gebraucht, daß ein Individuum, das in einer Stadt die Macht fundament hat, die Häuser der Bürger zu zerstören, illegal Waffen besorgt habe und dann beruhigende Zusicherungen gebe, zweifellos damit seinen Eindruck machen würde. Das ist genau die Auffassung, die auch nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerverbund in weiten Kreisen gegenüber diesem gewaltigen Komplex mit seinen unkontrollierbaren Ideen und Absichten und seiner starken Bewaffnung besteht.

Die unüberprüfbar gebliebenen Rede Litwinows war der bezeichnende Auftakt zu der gefasteten Entschließung, mit der sich der Völkerverbund ein Urteil in eigener Sache angeeignet und sich für ein Vorgehen entschlossen hat, das in Deutschland die ernste Sorge erwecken muß, ob es für weiteres Verhandeln von Nutzen sein wird.

Im März Ausfuhrüberschuß. Der deutsche Außenhandel ist zum ersten Mal seit November vorigen Jahres im März wieder aktiv. Die Einfuhr hatte einen Wert von 353 Millionen, die Ausfuhr von 365 Millionen RM. Der Ausfuhrüberschuß beträgt also 12 Millionen RM. Bisher noch wichtiger als diese beiläufige statistische Tatsache ist die beträchtliche Steigerung der Ausfuhr auf 68 Millionen RM. gegenüber dem Februar. Die März-Ausfuhr ist zwar immer noch um 35 Millionen RM. niedriger als die des vorjährigen Vergleichsmonats, aber die Steigerung gegenüber dem Februar betrug 1934 nur 58 Millionen RM.; prozentual war sogar diesmal die Steigerung größer als in allen Vorjahren. Alle Vermutungen sprechen dafür, daß der Märzumschlag auf das zeitliche Auseinanderfallen von Ein- und Ausfuhr bei Kompensationsgeschäften zurückzuführen ist: Um die Jahreswende rührte daher die Einfuhrsteigerung, nunmehr folgt die Ausfuhrerhöhung. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint allerdings für die kommenden Monate ein ähnliches Außenhandelsbilanz-Ergebnis wie im März noch keineswegs sicher, zumal der März regelmäßig ein günstiger Ausfuhrmonat ist. Es kommt also darauf an, daß die Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Bilanz, zur Ausweitung des Volumens und zur Feststellung einer dauerhaften sicheren Unterlage für die Ergänzung der heimischen Rohstoffbasis fortgesetzt werden. Die Einfuhr, die schon an und für sich nur unerheblich gesunken ist, hat überdies noch stark unter dem Einfluß der Saar-Rückgliederung gestanden; denn seit dem 18. Februar sind die Lieferungen von Saar-Erzeugnissen nach dem Reich nicht mehr „Einfuhr“, sondern Binnenhandel. Umgekehrt sind jetzt allerdings die Warenbezüge des Saargebietes aus dem Ausland zur Einfuhr des Reiches hinzugekommen; sie bleiben jedoch hinter den Zahlen zurück, die früher für die deutschen Warenbezüge aus dem Saargebiet nachgewiesen worden sind, so daß sich der Saldo aus der Saar-Rückgliederung statisch eine Verringerung der Einfuhr ergibt.

Sammlung „Wehrbank“ abgeschlossen

DNB Berlin, 17. April. Aus Anlaß der Wiedererrichtung der allgemeinen Wehrpflicht sind dem Reichswehrministerium aus allen Volkskreisen Spenden eingegangen, die der Entwicklung der neuen Wehrmacht dienen sollten und unter dem Namen „Wehrbank“ zu einer Sammlung zusammengefaßt wurden.

Generaloberst von Blomberg spricht allen Spendern hiermit seinen Dank aus, bittet jedoch, von weiteren Spenden oder gar Sammelaktionen Abstand zu nehmen, da die Sammlung inzwischen abgeschlossen worden ist.

Genf im Dienst von Versailles!

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Form zurückgewiesen, da sie mit dem gegenwärtigen Verhandlungsthema der Ratssitzung nichts zu tun hätten.

Nach diesem kurzen Zwischenpaß stellte dann der französische Außenminister als Ratspräsident den französisch-englisch-italienischen Entschließungsentwurf zur Abstimmung.

Hierbei meldete sich der dänische Außenminister Munch erneut zum Wort und brachte zum Ausdruck, daß ihm die Ablehnung der drei Großmächte, die von ihm vorgeschlagenen Veränderungen an der Entschließung vorzunehmen, dazu bestimmten müßten, sich bei der Abstimmung seiner Stimme zu enthalten. Er gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß die Entschließung dennoch das Ziel erreichen würde, zu der so notwendigen Befriedigung Europas beizutragen und zu einem Uebereinkommen aller Großmächte zu führen.

Vor dem Schluß der Sitzung ergriff Litwinow nochmals das Wort und erklärte, daß er der Beschränkung der Bestimmungen gegen Vertragsbruch auf Europa nicht zustimmen könne. Er sei der Ansicht, daß solche Maßnahmen auch auf die übrigen Weltteile ausgedehnt werden müßten, da sonst der Eindruck entstehe, daß die außereuropäischen Verträge ohne weiteres verletzt werden dürften.

Der englische Außenminister Sir John Simon erklärte dazu in ziemlich hartem Ton, daß es nicht Sache der Ratssitzung sei, die Aufgaben des einigenden Ausschusses zu beschränken. Die besondere Erwähnung Europas in der Entschließung sei vollkommen erklärlich durch die Bedeutung, die die hier aufgeworfene Frage in erster Linie für Europa habe. Er könne einer Veränderung der Entschließung im Sinne der Wünsche Litwinows daher nicht zustimmen. Durch eine Erweiterung würde die Entschließung ihre Kraft und Wirkung verlieren. Jemlich erregt fügte er hinzu, man befürchte sich vor einem praktischen Problem, das eine praktische Lösung verlange und das nicht mit leeren Forderungen und Worten in ein so erweitertes Gebiet getragen werden könne, das es daran wirkungslos zerbräche.

Dann schritt man zur Abstimmung: Die von Frankreich, England und Italien eingebrachte Entschließung wurde vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen.

Die Entschließung wurde also, da Stimmhaltung für die Bewertung des Ergebnisses nicht zählt, einstimmig angenommen.

Hierauf sprach der französische Außenminister noch einige Worte. Er erklärte, daß Frankreich dem Völkerverbund fest zugetan sei. Der Rat habe seine Verantwortung übernommen.

Die Staaten-Kombination von Stresa.

Unterhaus-Erklärung MacDonalds.

DNB London, 17. April. Ministerpräsident MacDonald gab am Mittwoch nachmittag im Unterhaus die erwartete Erklärung über die Erörterungen in Stresa ab. MacDonald ging dabei ausführlich auf die Vorgeschichte ein und sprach die verschiedenen Abschnitte des Streser Kommuniqués durch. Die Ausführungen MacDonalds enthielten keine Gesichtspunkte, die über dieses Kommuniqué hinausgingen. Zu erwähnen wäre eine Äußerung, daß die Rüstungsforderungen Deutschlands von einer beträchtlichen Größe gewesen seien, daß die zahlenmäßigen Voraussetzungen, auf denen die Bemühungen zur Abrüstung beruht hätten, hinsichtlich der Waffen nicht zuträfen. MacDonald betonte, daß die drei Mächte übereingekommen seien, die Prüfung des geplanten Luftpakt für Westeuropa fortzusetzen mit dem Ziel, einen Pakt zu entwerfen, wie er in der Londoner Erklärung in Aussicht genommen ist. Dieses Uebereinkommen habe auch, irgend welchen zweifelhafte Vereinbarungen, die diesen Luftpakt begleiten könnten, gezeigten. Nach Erwähnung der Solidaritätsklärung hinsichtlich des Locarno-Vertrages fuhr MacDonald fort: Wir sind nach Stresa gegangen, um frühere politische Erklärungen im Lichte neuer und verändelter Verhältnisse zu prüfen.

Weitere Gewaltakte in Pommerellen.

Brutale polnische Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit.

DNB Danzig, 17. April. Wie erst jetzt bekannt wird, kam es in Nord-Pommerellen auch im Kreise Karzhus zu Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. So wurde in Eggershütte eine öffentliche Versammlung der Jungdeutschen Partei von Angehörigen des Schützenbundes gesprengt. Die anwesende Polizei verhängte weitere Ausschreitungen.

An Posenfelden drangen mit Gewehren bewaffnete und uniformierte Mitglieder des Schützenbundes in eine Versammlung der Reichsdeutschen Partei ein und machten die Weiterführung der Versammlung unmöglich. In beiden angeführten Fällen wurden die Vorstehenden der deutschen Organisationen durch Drohungen gezwungen, eine Entschließung zu unterzeichnen, in der für die Polen in Deutschland und Danzig die gleichen Rechte gefordert werden, die angeblich die deutsche Minderheit in Polen besitzt.

In Neustadt wurde die Zeitungsausträgerin der „Danziger Neuesten Nachrichten“ überfallen und ihr die Zeitungen zerissen. Ferner wurden während der Uebungsstunde des evangelischen Kirchchors, die unter polizeilichem Schutz stattfand, Fenster eingeschlagen.

Die Polnische Telegraphenagentur gibt heute abend eine Erklärung über die Vorgänge in Neustadt (polnisch: Wejherowo) aus. Darin heißt es: Am 13. d. Mts. hatte in Neustadt eine öffentliche Versammlung stattgefunden, an der mehr als 600 Personen teilnahmen. Die Versammlung soll einberufen worden sein, um gegen die seit einiger Zeit beobachtete Agitation der Organisationen der deutschen Volkspartei unter der polnischen Bevölkerung zu protestieren. Nach einigen Reden wurde von den Versammelten eine Protestentschließung angenommen. Nach der Versammlung soll eine Gruppe von Versammlungsteilnehmern durch die Straßen gezogen sein und bald in einer Reihe von Geschäften die Scheiben zertrümmert haben. Die Polizei habe energig weitere Ausschreitungen sofort verhindert. Am 14. d. Mts. hatte in Wejherowo eine Versammlung von Mitgliedern der deutschen Organisationen stattgefunden. Vor dem Gasthaus, in dem die Versammlung stattfand, sei eine Gruppe von Personen erschienen, die Zutritt zur Versammlung verlangte. Im Verlauf der Auseinandersetzungen sei es zu einer Schlägerei gekommen.

antwortlichkeit übernommen. Er habe den Vertragsbruch ausdrücklich verurteilt. Darauf fuhr er weiter aus, er habe nun die angenehme Pflicht, dem Rat im Namen Frankreichs für die Erfüllung seiner Aufgaben zu danken. Einem unruhigen Europa werde Frankreich weiter seine Hilfe zur Sicherung des Friedens leihen. Durch Taten, wie die in Rom, London und Stresa beschlossenen, werde Frankreich weiter dem Frieden dienen. Damit war die Sitzung zu Ende.

Der Ausschuss zur Prüfung der Sanktionsfrage ernannt.

Mit Genf, 17. April. Der Völkerverbundsrat hat in seiner geheimen Sitzung heute nachmittag den Ausschuss ernannt, der sich nach der am Vormittag angenommenen Entschließung mit der Prüfung der Frage der Sanktionen gegen zukünftige Vertragsbrüche befassen soll.

Der Ausschuss wird aus Vertretern folgender 13 Staaten bestehen: England, Kanada, Chile, Spanien, Frankreich, Ungarn, Italien, Holland, Polen, Portugal, Türkei, Sowjetrußland und Südafrika.

Der Ausschuss wird baldmöglichst seine Arbeiten beginnen und soll dem im Mai zu seiner ordentlichen Tagung zusammentretenden Völkerverbundsrat Bericht erstatten.

Im übrigen hat der Rat den Beginn der ordentlichen Mai-Tagung vom 13. Mai auf den 20. Mai verschoben.

Warum man vom üblichen Genfer Verfahren abwich.

London, 17. April. Der Genfer Sonderberichterstatter der „Times“ meldet, das übliche Verfahren, einen Berichterstatter für die Ausarbeitung einer Entschließung zu ernennen, sei nicht befolgt worden, da sich niemand gefunden habe, der eine Entschließung habe befürworten wollen, die eine Verurteilung der künftigen Verhältnisse enthalten sollte. Die Franzosen hätten sich ihrerseits nicht auf weitgehende Ueberungen ihres Wollens eingelassen. Sie seien einen Augenblick lang bereit gewesen, die Entschließung allein einzubringen, was zur Uneinigkeit im Völkerverbundsrat und zu späteren Vorwürfen hätte Anlaß sein können. Durch die Unterlassung einer ausdrücklichen Verurteilung Deutschlands sei es dann möglich geworden, der Entschließung die Unterstützung Frankreichs, Englands und Italiens zu sichern.

Viele dachten, daß diese neuen Verhältnisse neue Verpflichtungen der britischen Regierung bedeuten würden. Wir haben keine übernommen. Wir haben die Tür für Deutschland offen gehalten, damit es sich als ein aktiver Teilnehmer der Bewegungen anschließen kann, die wir geplant haben, um ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen. Ohne Deutschland seinen Schritt zu verzeihen und indem wir im Gegenteil Alarm schlagen, daß wir ihn als eine ernste Bedrohung der Ruhe und als einen Schlag für jede internationale Organisation des Friedens und der Ordnung ansehen, haben wir zu erkennen gegeben, daß unsere Politik weiterhin auf die Schaffung des Völkerverbundes gerichtet sein wird. Die drei auf der Konferenz vertretenen Staaten sind auseinander gegangen nicht als Einzelwesen, die durch die zweifelhafte Schwierigkeiten, die sie behandeln mußten, auseinandergebracht worden sind, sondern als eine Staaten-Kombination, die dazu verpflichtet ist, zusammenzuhalten. Diese Staatenkombination ist verpflichtet, friedliche Lösungen für augenblickliche Gefahren im Zusammenwirken mit jedem Staat zu finden, der willens ist, sich ihrer Arbeit anzuschließen.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärte MacDonald, daß die Regierung Vorschläge für eine außenpolitische Aussprache in der ersten Woche nach dem Wiederzusammentritt des Unterhauses nach den Osterferien getroffen habe.

Weitere Beschlagnahmungen von deutschen Zeitungen in Polen.

DNB Bismberg, 17. April. Nachdem am Dienstag das „Pommereller Tageblatt“ beschlagnahmt worden ist, wurde auch die „Deutsche Rundschau in Polen“ wegen ihrer Berichterstattung über die bedauerlichen deutsch-feindlichen Ausschreitungen im Norden und Süden des ehemals preussischen Teilgebietes der Republik Polen, die zwei Todesopfer und mehrere schwer Verletzte zur Folge hatten, am Dienstag und Mittwoch beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte, abgesehen davon, daß die „Deutsche Rundschau“ aus Grünberg der Zensur jeden Kommentars enthalten hatte.

Demagogie in Ostoberschlesien.

Auch hier Kampf gegen die deutsche Minderheit.

(Breslau, 17. April. Eine unerhörte antideutsche Stimmungsmache wird im Einklang mit den Tendenzen der Politik des Wojowoden Grajnski seit einigen Wochen in Ostoberschlesien getrieben. Mit einer unerhörten Demagogie verurteilt man, dem deutschen Volksteil die Ausübung des Rechtes, seine Kinder in deutsche Schulen zu schicken, unmöglich zu machen. So benutzte in einer Versammlung in Sobraw, Kreis Pless, der Sejmabgeordnete Baldy die Gelegenheit, um öffentliche Denunziationen anzubringen. Auch der Amtsdirektor Chodakowski beteiligte sich an der Aufregung und verlas eine Liste, auf der die Erziehungsbevollmächtigten von Sobraw verzeichnet waren, soweit sie ihre Kinder für die deutsche Minderheitenschule nicht angemeldet hatten. Er begleitete die Verlesung mit verächtlichen Kommentaren, forderte die Zuhörer auf, sich diesen oder jenen Einwohner zu merken, oder, wenn es ein Geschäftsmann war, zu boykottieren. Aus Königsgrün wird ein Bericht berichtet, der die Stimmungslage übernahm.

mungslosigkeit der polnischen Agitationsmethoden besonders deutlich beleuchtet.

In einer deutschen Schule wurden Flugblätter ausgelegt, die die Kinder gegen die Genossenschaft ihrer Eltern aufzufallen sollten.

Unter anderem war dort, wie die „Schlesische Zeitung“ angibt, dieser Satz zu lesen: „Eure Eltern wollen, umgeben ihrer polnischen Abstammung, euch in einer fremden Volksschule internationalisieren... Heute, im freien und großen Polen, verkaufen eure Eltern euch wie eine lebende Ware den deutschen Händlern. Mäße in euch das polnische Blut erwachen! Belehrt eure Eltern und teilt ihnen die Worte unseres oberflächlichen Landmannes Damrot mit, daß der, der die Sprache seiner Eltern mißachtet, vergeblich zu Gott betet. Kehrt zur polnischen Schule zurück, solange es noch Zeit ist, denn die letzte Stunde schlägt. Schämt euch der Verräter, denn sie müssen jämmerlich zugrunde gehen, wie alle Verräter des Vaterlandes zugrunde gehen.“

Es ist wahrhaft erschauend, daß diese Dinge unter den Augen der Verwaltungsbehörden geschehen können. Und es ist erschauend, daß die Warschauer Regierung den Graziński-Kurs beibehält, ohne einzugreifen. Die Sprache, die sich die Repräsentanten der antideutschen Bewegung bedienend, ist die Sprache rassistischer Demagogie — und darum nicht am Platze, um gegen die Minderheit einer Nation vorzugehen, um sie mit der Polen durch freundschaftliche Vereinbarungen verbunden ist.

Die „Essener Volkszeitung“ auf 14 Tage verboten.

DNB Essen, 17. April. Die „Essener Volkszeitung“ vom 17. April 1935 hatte unter der Überschrift „Isolater begnadigt“ die Nachricht gebracht, der Arbeiter Isalater sei zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt worden. Die Nachricht war unrichtig. Isalater ist vielmehr, nachdem sein Gnadengeß abgelehnt worden war, heute morgen hingerichtet worden. Die Nachricht der „Essener Volkszeitung“ beruhte auf einer unrichtigen Berichterstattung. Der Berichterstatter der Zeitung hatte im Wirtschause über den Vortisch herüber diese „Information“ erhalten und zwar von einem Gast, der hierüber überhaupt nichts wissen konnte. Der Polizeipräsident hat auf Veranlassung des Oberpräsidenten die verantwortlichen Schriftleiter der „Essener Volkszeitung“ und den Zwischenhändler in Haft genommen. Das Verbot der „Essener Volkszeitung“ ist für die Dauer von 14 Tagen ausgeschrieben worden. Die Vernehmung protokolliert und bereits dem zuständigen Gericht zur Untergabe zugegangen.

Furtwängler dirigiert wieder das Philharmonische Orchester.

DNB Berlin, 17. April. Staatsrat Wilhelm Furtwängler dirigiert am 25. April wieder das Konzert des Berliner Philharmonischen Orchesters und am 28. April in Hamburg das seiner Zeit verschobene Konzert des Berliner Philharmonischen Orchesters.

Schwierigkeiten für die geplante Donaukonferenz.

London, 17. April. Zu der geplanten Donaukonferenz berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Genf, einige der Staaten der Kleinen Entente seien offenbar abgeneigt, mit Ungarn am Konferenztag die Ausführung der weniger bewaffneten mitteleuropäischen Staaten und die Organisation der Sicherheit in Mitteleuropa zu erklären. Die Schwierigkeiten seien vielleicht überwindbar, zunächst aber werde man den falschen Eindruck heileitigen müssen, als ob die Großmächte den kleineren Staaten ihren Willen aufzuzwingen versuchten. Der Korrespondent will mitteilen können, daß einseitige die Mitglieder der Kleinen Entente entschlossen seien, in Ungarn einzumarschieren, falls dieses Land aufzürle. In der geplanten Konferenz von Rom für Sicherheit ebenso wie kontrollierte Aufrüstung Österreichs, Ungarns und Bulgariens forje.

Eine Schmugglerzentrale und ihr Häuptling.

DNB Newyork, 17. April. In Syracus (Newyork) begann am Dienstag ein Steuerhinterziehungsprozeß gegen einen berüchtigten Alkoholschmuggler und Gangsterhaupteilnehmer der Diktatoren. Der Angeklagte ist der unter dem Namen „Dutchguy“ bekannte Arthur Flegenheimer, dem Steuerhinterziehung im Betrage von 90 000 Dollar vorgeworfen wurde. Beschuldigt war die Erklärung des Bundesanwaltes zu Beginn der Verhandlung. Der Bundesanwalt teilte mit, daß von den vorgeladenen Zeugen 20 fehlen. Einige von diesen seien in der letzten Zeit ermordet worden und die Mehrzahl sei geflohen. Der Bundesanwalt gab jedoch einen Ueberblick über den Umfang des Verschleichens an. Flegenheimer, der im Jahre 1933 einen Umlauf von zwei Millionen Dollar erreicht hatte, von einem befristeten Haupteilnehmer der Diktatoren, der aus der Flegenheimer in weitverbreitetes Netz von Geheimräubern und Schmugglerzentrale hatte Flegenheimer geleitet. Diese eine elegante Wohnung in der Fifth Avenue besaß, durch ein Labryrinth von Gängen zu führen, verstand und außerdem wußte er sich unlosbare Besucher durch automatische schließende Stahltüren, zwischen denen er unbefugte Eintretenden fangen konnte, vom Leibe zu halten.

Wieder Mordbrenner in Kirchen.

DNB Madrid, 17. April. In diesen Tagen sind wiederum mehrere Fälle von Brandstiftungsversuchen an kirchlichem Eigentum in Spanien bekannt geworden. Bei Vigo drangen mehrere Täter in eine Kapelle ein und zündeten den Hochaltar an, der vollständig niederbrannte. Der Kriegsrichter von Barcelona gibt jetzt anlässlich der Aufhebung des Kriegszustandes in ganz Spanien und des Ueberganges der Gerichtsbarkeit von den Militär- auf die Zivilbehörden die Zahl der durchgeführten Kriegsverbrechen bekannt. Danach haben in den sechs Monaten und sieben Tagen des Kriegszustandes insgesamt 1525 Verbrechen stattgefunden. Hierunter entfallen 450 Verbrechen auf das Jahr 1935 und 1075 Verbrechen auf das Jahr 1934. Reichsminister Dr. Goebbels wird am Samstag, 20. April, mittags von 12 bis 12.10 Uhr, über alle deutschen Sender zum Geburtstag des Führers sprechen. Die Rede wird abends von 20 bis 20.10 Uhr wiederholt.



Ge... Anhol... Nummer 1

Die P... der „K...

Angesichts der sich-französisch-isch-tetereiten die ne-lerung der sowjet-ernerten Erhöhu-demonstrativ vor-erweiterung des Million Ma-illasse für das Die auf dem ge-benen Zahlen, „Arbeiter-Armee“ Gängen aufzumen-sind in der Roten-forps mit 90 vallerie. Die und die anderen l-scht sind. Außerder-lerie. Brigad-fügt jedes Porps. Artill-ungen. Jede Abt-Saßlich und eine Jedes Armeekorps. Bataillon un-Außerdem gibt es-je dem Militärbez-Unterabteilungen find-ukraine, Nordkau-sondere Kaufleute Zu der Feldar-Franzreich, die die-gationen, die nicht-Bundst. Die P-Politischen W-Mann, die gna-werden sollen, aber-Schützen- und Ra-der und Partegest-ter ist ein befr-70 000 Mann vor-fierte Grenzschub-und Sibirien die-gliebert ist. Selbst-pen (50-60 000 stiesch, der schä-die örtlichen de-neten Schutz der-von dem Wehrv-seinen 15 Millionen-außer Anrechnung-wie man annehme-stimmt ist, er heb-gegen Ende des A-armee, außer den-rund 40 000 A-n n. Naturgem-anderen Monaten,pen mit kürzerer V-zu dem unglückst-940 000 herabfint. An ausgebildet-von 1923 bis 1934-jahr zur Verfügn-nen. Um Uebri-gen russischen Pa-In Wirklichkeit ist-Armee erheblich jä-Weiter Erg-nah- Die am Mittw-durchgeführten W-fammlungen ba-zuhigen Verla-figen Teilergebnis-sin, daß die in d-Parteien, aber-auf der ganzen-lagen haben. Die-sind in erster Linie-ung (NSD) Musse-ten, den Revolution-angute gekommen. Besondere bedeut-her als „rot“ verfa-dam. Von 15 hier-konnte sich die NS-legen. Von den 388-entfallen u. a. 128-die Katholische-Kommunisten und 4-Liberalen mit 30 88-und die Christlich-Bis zur ersten W-gen Ergebnisse aus-namentlich der Wäh-chen Provin-kannte die NSD in